

Dresdner Volkszeitung

Poststelle: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bonnpost: Gebr. Knoblauch, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einheitlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen jährlich 3.00 M., unter Kreislauf für Deutschland und Österreich-Spanien M. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zulieferer werden die 6gepalteene Zeitzeile mit 85 Pf. berechnet, bei einmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsangeboten. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210.

Dresden, Montag den 10. September 1917.

28. Jahrg.

Eine Proklamation Kerenskis.

Ablösung Kornilows. — Belagerungszustand über Petersburg. — Absage der französischen Sozialisten an Ribot.

Stockholm, 9. September. (Meldung der Petersburger Telegrafen-Agentur.) Ministerpräsident Kerenski hat folgende Proklamation geschaffen: Am 8 September kam das Dumiamitglied Uzow nach Petersburg und forderte mich im Namen des Generals Kornilow auf, die gesamte Civil- und Militärregierung dem Generalissimus zu übergeben, so nach seinem Gutdanken eine neue Regierung bilden werde. Die Möglichkeit dieser Aufforderung wurde mir dann durch General Kornilow selbst in einer Mitteilung durch den direkten Telegraphenbruch zwischen Petersburg und dem Generalstab bestätigt. Da ich diese an die vorläufige Regierung zu Händen meiner Person gerichtete Aufforderung als Verlust gewisser Bewaffnungstreize betrachte, die Sicherheit des Landes zu benutzen, um dort einen Zustand herzustellen, der den Erbauerungen der Revolution widerstreift, hieß es: «Vorläufige Regierung für notwendig, für das Wohl des Vaterlandes und die Freiheit des republikanischen Regierungssystems, mich nicht zu betrauen, dringende und unabsehbare Maßnahmen zu ergriffen, um alle Anschläge gegen die höchste Gewalt und gegen die Idee der Revolution eroberten bürgerlichen Rechte an der Wurzel abzuschneiden. Daher ergreife ich für die Aufrechterhaltung der Freiheit und der öffentlichen Ordnung im Lande alle Maßnahmen, die ich die Bevölkerung zu gelegener Zeit anordnen werde. Gleichzeitig sage ich:

1. General Kornilow hat sein Amt dem General Klembowitsch, Oberbefehlshaber der den Zugang nach Petersburg sperrenden Truppen der Nordfront zu übergeben, und General Klembowitsch soll möglichst die Befugnisse als Generalissimus übernehmen, jedoch in Zukunft beibehalten.

2. Ich verkünde den Kriegszustand über Stadt und Ujezd Petersburg. Ich fordere alle Bürger auf, zur Aufrechterhaltung der notwendigen Ordnung für das Wohl des Vaterlandes mitzuwirken und die Wonne und Freude fordere ich auf, richtig und gelassen ihre Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes und gegen den äußeren Feind zu erfüllen.

Ribots Mission gescheitert.

Paris, 10. September. (Nachrichten.) Ministerpräsident Ribot hatte die für die Neubildung des Kabinetts ausgesuchten Politiker am Sonntag nachmittag versammelt, als Vertreter der parlamentarischen Sozialistengruppe erschienen, um zu erklären, daß sie glaubten, die Verantwortung ihrer Gruppe, für die Stabilitätsbildung nicht auf sich nehmen zu können. Minister Thomas teilte Ribot mit, daß es ihm unmöglich sei, ihm die Unterstützung zu gewähren, da er ihm leisten zu können geglaubt hatte. Trotzdem war Ribot entschlossen, das Kabinett zu bilden, aber vor der im Laufe des Abends zur endgültigen Bildung des Kabinetts abgehaltenen Versammlung erklärte der Kriegsminister Poincaré, daß er es für unmöglich halte, auf die Mitwirkung der Sozialistengruppe zu verzichten. Angesichts dieser Erklärung legte Ribot in Übereinstimmung mit allen Teilnehmern an der Versammlung den ihm erteilten Auftrag in die Hände Poincarés zurück.

Friedensfrage und alddeutsche Manöver.

Die Antwort, die Wilson auf die Friedenslandgebung des Papstes gab, ist in Deutschland im allgemeinen sehr ungern aufgenommen worden. Die Note Wilsons sagt ja gut nicht über die Bedingungen des Friedens, erging nun ja mehr in Anschuldigungen gegen die deutsche Regierung, die überhaupt als unzureichend hingestellt wurde, Friedensverteidige mitzuwirken. Der Verteidigungsdruck, die Note Wilsons machte, war für uns so, als Wilson einem baldigen Frieden auf Grund für alle Seiten billigen und ehrenvollen Vereinbarung zu verhindern und der Absicht Englands und Frankreichs dienen, weitere Fortsetzung des Krieges nach den Sieg zu eringen. Note Wilsons war auch sehr geeignet, durch Ausspielung des Gegners von Regierung und Volk, statt sie etwa zu regeln, sich gegen die im Laufe befindlichen Demokratisierungs-

bestrebungen in Deutschland zu führen. Es hat sich mittlerweile aber gezeigt, daß die Note Wilsons vielfach doch viel günstiger beurteilt wird. Unser Parteigenossen Scheidele man hat in einer Unterredung mit einem Korrespondenten der amerikanischen Presse, die wir unten wiedergeben, in Wilsons Note Anzeichen gefunden, daß es möglich sein werde, auf Grund seiner Annahmen auf dem Friedenswege weiter zu gelangen. Auch der Abgeordnete Erzberger hat dasjenige besonders betont, was in Wilsons Note mit der Friedensresolution des Reichstags in Übereinstimmung zu bringen ist. Erst die weitere Stellungnahme unserer europäischen Kriegsgegner dürfte die völkerliche Klarheit bringen, wie weit die günstigere Auffassung der Wilsonschen Note berechtigt ist. Selbstverständlich wünschen wir nichts mehr, als daß die optimistischere Auffassung Recht behält.

Auf einem anderen Blatte aber steht die Behandlung, die die Alddeutschen und ihre Presse der Wilsonsnote äußert werden ließen. Die alddeutsche Presse lädt kein Mittel unterdrückt, um die Reichstagsmehrheit, die den Verständigungsfrieden ohne Vergewaltigungen als ihr Ziel aufgestellt hat, zu verbrechen und für ihre nach außen und nach innen gerichtete Macht- und Herrschaftspolitik den entscheidenden Einfluß zurückzuerlangen. Sie versucht mit unerträglicher Geschicklichkeit die Wilsonsnote zu einem totalitären Mandat auszunutzen und die öffentliche Meinung in Deutschland aufs neue gründlich zu verwirren. Im Zusammenhang hiermit stehen die kampfhaft gesteigerten Lobhudeungstelegramme an den Kaiser und an Hindenburg sowie die Bestrebungen, den Reichskanzler Dr. Michaelis als einen Mann hinzustellen, der trotz seinen Erklärungen für den Verständigungsfrieden im Grunde den alddeutschen Herzogenwünschen genügt sei. Die alddeutsche Presse behandelt die frischgemachten Unfreundlichkeiten, die in der Wilsonsnote der deutschen Regierung gefasst werden, als eine noch nicht dagewesene, ungeheuerliche Schmach, die dem deutschen Volke angehängt worden sei. Als die allergrößte Gemeinde wurde es bezeichnet, daß Amerika zwischen Briten und Volk Zwieträchtig sei und damit die festen Bande lockern wolle, die ganz Deutschland im Kampfe gegen Vier fünfzig der Welt zusammenhalten.

Gelingt es der alddeutschen Presse, dem deutschen Volke bei der Beurteilung der Wilsonsnote die alddeutsche Brille aufzusetzen, so war alles für sie gewonnen. Sondurch wurde das deutsche Volk in den Zustand des furor ioutonius verlegt, verlor im Aufwallen der Entrüstung die Besinnung und konnte dorthin geführt werden, wohin man es haben wollte. Der Zorn ist bekanntlich ein schlechter Ratgeber, die sittliche Entrüstung ist ebenso bekanntlich ein Instrument, dessen sich rechtmäßige Politiker gerne bedienen, wenn sie ihren Gegnern mit Logik nicht beizukommen vermögen. Was der Überzeugungskraft nicht gelingt, soll dann der Zichel einer

Waffenstimming vollbringen, deren Druck alle Widerstreben mit sich fortzieht.

Aber mit dieser Klappe sollte noch eine zweite Fliege erschlagen werden. Wilson hatte die Demokratierung Deutschlands gefordert. Erhielt nun dieser Wilson dem deutschen Volk als ein schändliches Ungeheuer, so war die Demokratierung zugleich discreditiert. Wilson ist der Feind Deutschlands. Wer also die Demokratierung will, der will, was der Feind will. Das deutsche Volk, so verfügte man, werde Wilson nicht auf den Leim fressen, und da waren schon die alddeutsche-reaktionären Leimtrüte aufgestellt, auf die das deutsche Volk fressen sollte. Ullzusätzlich trat der byzantinische Aug der neuen Entrüstungsbewegung in Erscheinung. Man schwor heilige Treue schwörte, als ob es sich in diesem Weltkrieg um die Erhaltung einer bestimmten Staatsform handelte und nicht um die Erfüllung des deutschen Volkes. Schon war die Spiege gegen den Reichstag und seine verbotene Demokratische Mehrheit deutlich zu erkennen. Zweit oder nie mußte es gelingen, sie zu verwirren, zu sprengen und werte Kreise des Volkes auf Wegen mitzureißen, auf denen die Revolutions- und Westary als Führer vorangingen.

Aber auch dieser Streich der Alddeutschen ist bisher nicht von dem Erfolg begleitet worden, den sie erwarteten. Er wird bald gänzlich zum Scheitern kommen, da die Tatsachen der Weltvergnisse zu deutlich sprechen. Der günstige Verlauf, den die deutschen Operationen um Riga nahmen, kann ebensoviel wie die Erfolge des U-Bootenkrieges die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die gegnerische Koalition andauernd überaus machtvoll bleibt und sich sogar noch für berechtigt hält, von der Verlängerung des Krieges schließlich vollen Sieg zu erwarten. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit hält daher unbeirrt fest an der Forderung des Verständigungsfriedens. Es segt sein Lied ein für seine Verteidigung gegen Niederwerfungspläne der Gegner, es will aber um keinen Tag das Blutvergießen verlängert wissen für alddeutsche Machtverstärkungs- und Erhebungsziele.

Was aber im besonderen die Hege der Alddeutschen gegen die Demokratisierungsbestrebungen der Sozialdemokratie und der Reichstagsmehrheit betrifft, so ist sie in ganz herborigendem Weise innerlich unwahr und grotesk. Nicht weil Wilson es wünscht, fordern wir Vermehrung des Volkeinfusses auf die Politik des Reiches. Aber weil Wilson davon redet und weil er sich davon vielleicht verspricht, innere Zwieträchtigkeit bei uns zu führen, darum besteht nicht der mindeste Grund, von dem abzulassen, was nach unserer Überzeugung für das Wohl unseres Landes schon viel früher hätte durchgeführt werden müssen und was auf Grund der Kriegsergebnisse nun eine unvermeidliche Wendigkeit geworden.

Montag den 10. September 1917.

Innere Zwietracht kann daraus nicht entstehen, wenn nur die Einigkeit des deutschen Volkes und der Reichstagsmehrheit stark bleibt gegenüber dem aldeutschen Nationalismus und der sogenannten Herrschucht. Die aldeutsche Presse lobt darüber, daß die Reichstagsmehrheit an der auenwärtigen Politik und am Friedensschluß entscheidende Mitwirkung fordert. Aber wie war es denn tatsächlich, daß Bethmann einen Friedensangebot vom 12. Dezember? Damals veröffentlichte die konservative Reichsparteiaktion einen einmündigen Brief, in dem sie ihr Bedauern ausdrückt, daß der Reichstag nicht alsbald in eine großzügige Erörterung der konkreten Friedensbedingungen eingetreten sei. Sie berief sich auf die Zusage des ihr so verhängten Bethmann, daß der Reichstag rechtzeitig zu den Kriegszielen Stellung nehmen sollte, und sie erklärte es als Pflicht der Abgeordneten, ihre Meinung über die zu erreichenden Ziele zur Geltung zu bringen. Und die nationalliberale Fraktion beschloß einstimmig ein Schreiben an den Kaiser, in dem sie sich bewarnte, durch die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein, und in dem sie im Namen des heldenmüttigen und opferwilligen deutschen Volkes eindringlich verlangte, daß der Reichstag bei der Lösung der Fragen der auswärtigen Politik gleichberechtigt mit der Regierung mitberaten und mitbestimmt mitwirken soll. Konservative und Nationalliberale fordern also für das Reich, das zu fordern die aldeutsche Presse der Reichstagsmehrheit als demokratisches Verbrechen anzusehen verucht.

Wir erwarten zuverlässig, daß die Reichstagsmehrheit fest und unerschütterlich ihren Weg weiter geht. Ihr Weg ist der einzige, der zum Frieden führt, während die aldeutsche Politik immer weiteres Blutvergießen bedeutet und schließlich Verhältnisse heraufbeschwört, die niemand wünschen kann, der es mit unserem Lande und seiner Zukunft gut meint.

Neuerungen Scheidemanns zur Wilsonnote.

Von dem Berliner Vertreter der United Press of America über seine Auffassung der Wilson-Note berichtet, äußerte Scheidemann folgendes:

Der gerechte Ton, den die amerikanische Note anschlägt, ist zunächst von dem ordentlichen Teil der deutschen Presse in der gleichen Weise beantwortet worden. Wer aber im öffentlichen Leben steht, soll es mit dem englischen Sprachwort halten: "Wer brechen seine Beine" und über allem lärm die Sache selbst nicht aus den Augen verlieren. Ich finde, daß die amerikanische Regierung ihre Kriegsziele in einer Weise umschreibt, die so aussieht, als habe ihr das Friedensprogramm des Reichs als Unterlage dient. Der Reichstag fordert in diesem Programm bekanntlich den Frieden der Vereinigung und der dannenden Versöhnung der Völker. Er erklärt, daß mit einem solchen Frieden einzuhaltende Gebietsverhandlungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergleichsverträge unterschbar sind. Er weist alle Pläne, die auf wirtschaftliche Absperzung und Verfehlung der Völker nach dem Kriege ausgerichtet sind. Er erklärt, daß er die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen selbststößt fordern wird.

Mit allem ist die amerikanische Regierung einverstanden. Die Frage entsteht: Warum führt sie dann gegen uns Krieg? Ich beantworte diese Frage damit, daß ich die gegenwärtige deutsche Regierung nicht geeignet erscheine, als Garant für den kommenden Frieden einzutreten. Dazu bemerkte ich, daß der Reichstag, die auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts gewaltige Vertretung des deutschen Volkes, bereit ist, die Garantien für den kommenden Frieden mit zu übernehmen. Der Gedanke, daß dieser Frieden, um Dauer zu versprechen, nicht mit von den Regierungsmännern, sondern von den Völkern selbst garantiert werden soll, ist vollkommen richtig, wenn er auch von der amerikanischen Regierung in einer Form artikuliert wurde, die für die deutsche Regierung verdeckt ist. Formen für diese Garantie, die noch meine Meinung gar nicht ließ genug in den Völkern verankert werden kann, müssen in den künftigen Friedensverhandlungen gefunden werden.

Praktisch steht m. E. die Sache so aus: Nach diesem entsetzlichen Aberglaß wird jedes Volk mindestens für ein Menschenrecht aufgerufen sein, einen neuen Krieg zu führen, es wäre denn, daß es durch den Friedensschluß in eine ganz verzweigte Lage versetzt würde, aus der es, soße es was es will, einen Ausgang suchen möchte. Ein solcher Friedensabschluß wird aber wieder von amerikanischen noch vom deutschen Volke gewünscht. Der Frieden nach dem Kriege wird also durch das automatisch wirkende Beseg der Erforschung für sehr lange Zeit gesichert sein. In dieser Zeit wird die Sache der Demokratie und des Sozialismus in allen Ländern rapide Fortschritte machen und dann wird es möglich sein, die Sicherungen des Weltfriedens-Vertrages noch härter zu verstetigen und auszubauen. Ich glaube also, daß dieser Krieg tatsächlich der letzte ist, der zwischen den großen zivilisierten Völkern ausgeführt wird.

Der Erreichung dieses Ziels ist alles weitere Blutvergießen vollständig überflüssig. Wenn man das in Amerika nicht glaubt, so unterschätzt man die Macht des Deutschen Reichsgeistes und die Stärke der deutschen Bewegung, die unaufhaltlich zur Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens drängt. Die Demokratisierung schreitet in Deutschland fort, obwohl, wie man auch in Amerika weiß, der Krieg die schlechteste Beliebigkeit aller weitesten Entwicklungen demokratischer Einrichtungen ist. Deutschland ist jetzt schon auf dem Wege zur Demokratie; es wird auf ihm auch weiter fortfahren, wenn der Krieg noch länger dauert, es wird aber bestrebt sein, vorwärts zu kommen, je schneller die hindernislose Kriegszufriedenheit aus dem Wege geradelt werden. Der Friedensschluß bedient schon morgen Demokratie und gefestigten Frieden für die ganze Welt.

Stauning Urteil.

Unser dänischer Genosse, Minister Stauning, Mitglied des sozialdemokratischen Komitees, hat sich gegenüber dem sozialdemokratischen Korrespondenten des Associated Press sehr ausführend über die Wilson-Note ausgesprochen. Er erklärt, daß er sich besonders freue, dazu Gelegenheit zu haben, weil er erahnen hätte, daß seine Gesetze gegenüber Amerika in der jüngsten Zeit mißverstanden worden seien. Die Antwort des Präsidenten sei freudig zu begrüßen. Denn es gehe aus ihr hervor, daß Wilson den Krieg nicht fortführen wolle, bis es sinnig und Vorsichtige wäre. Er habe vom Präsidenten des freien Amerika trotz des Wandelns der internationalen Verhältnisse auch nichts anderes erwartet, als ihm noch immer mit Friedensobstrebungen begeistert zu sehen. Die Worte des Präsidenten, die sich gegen Erkrankung der Volksüberzeugung, Friedensförderung, Fortschaltung von Reichen und Wirtschaftskrieg richteten, wurden bei allen Zustimmung finden, die einen für die Menschheit beweisen und gläubigen Frieden mindestens Gewährleiste, daß die Fragen Große Wilson überall

zum Nachdenken antreten, und hoffte, daß sie in anderen kriegsführenden Ländern widerhallen würden. Die Wünsche des Präsidenten, den Frieden und die Friedensgarantien durch die Völker zu erhalten, deckten sich vollkommen mit seinen eigenen Wünschen; er hoffte daher, daß die demokratischen Parteien in Europa die von den Völkern erwünschte Demokratisierung kraftvoll fortführen möchten.

Zum Schluss drückt Stauning die Hoffnung aus, daß die Friedensversammlungen bald zum Ziel führen möchten.

Revision der Kriegsziele der Alliierten?

Der Volksanzeiger meldet aus Zürich: Der gutinformierte Londoner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung eröffnet, der antwortliche Kreis seien der Ansicht, die nördliche Seite der Antwerpens Note könnte die Grundlage der Erörterung bilden. Er glaubt, die Antwort der Alliierten werde ähnlich der Konferenz zur Revision der im Januar verabschiedeten Kriegsziele in London oder Paris erfolgen.

Friedensnobelstiftung in Amerika.

Wie laut Rönnow und Neimark nach Stockholm gemeldet wird, ist die Friedensnobelstiftung in Amerika in unangefochtener Position begriffen. Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Partei stieg seit der Kriegserklärung von 100 000 auf 400 000 an. Ein neu gegründeter Friedensbund zählt bereits zwei Millionen.

Eine neue Kriegs „partei“.

Um einem dringenden Bedürfnis abzuholzen, haben die Gründer des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“ des „Volksbundes zur zukünftigen Friedensförderung Englands“ und des „Aldeutschen Verbundes“, die sowohl schon im Flottenverein, im Lehrverein und in einem Dutzend anderer „nationaler“ Vereine vereinigt sind, nun auch eine neue Partei gegründet, die sie beideren „Deutsche Vaterlandspartei“ nennen. Ehrenvorsteher ist der Herzog zu Westfalenburg, Johann Albrecht, der Kolonialpolitiker; denn wie könnte man eine Partei ohne allerbösste Protection gründen. Vorsteher ist der frühere Staatssekretär der Marine, Großadmiral v. Tirpitz, zweiter Vorsteher der verabschiedete Kanzlerfürstliche Venetianischafsfelddirektor Dr. Kapo und Vorsitzender der Partei — wer könnte es anderes sein? — selbstverständlich Groß Erich von Tislau. Der Gründungsauftau in unterzeichnet von drei Oberbürgernätern, mehreren Universitätsprofessoren, einem Generalleutnant, einem hochgestellten Beamten der Provinz Ostpreußen, einem Landhofmeister und Amtierlichen Wirtschaftsbeamten ist, einem Kronprinzipal. Dieser Name aus dem Königsberger Hochverständnis als der eines besonders eifriges Zarenreiches bekannt ist, einem Obermarschall und zum Schluss zahlreichen Gunnaribüllern und gehobenen Kommerzienräten. Ob man damit wirklich die Volksmassen zu föhren glaubt? oder ob man auf die Zustimmung der Russen, welche auch die Schützengrößen keinen Wert legt und sich damit begnügen will, um den Besitz der „Edelsteine und Perlen“ zu werben?

Das Programm der neuen Partei hat einen hypothetischen Punkt: sie will sich wieder ausspielen. Sobald der Krieg zu Ende ist, verspricht sie zu verschwinden. Eine Partei, die nur für den Krieg da ist, wird man wohl als Kriegspartei bezeichnen müssen. Und das ist die neue Organisation in der Tat. Ihr Hauptprogramm ist die Erroberung ganz Belgien.

Die neue Nordostfront. – Sturz Rornilows?

Nach dem geistigen deutschen Generalstabbericht gewinnt es den Andeck, als sei es den Russen nach so langer Flucht gelungen, auf der Linie zwischen Jakobstadt und der Dinau und weitwärts Wenden in neuen Stellungen zum Stehen zu kommen. Als Reaktion des Nigrer Sieges bleibt zunächst die Beherrschung des Nigrer Meerbusen im Vordergrunde. Das gibt auch Rovno Prejma zu. Das Blatt schreibt: „Den reindlichen, im Nigrischen Meerbusen operierenden Seestreitkräften ist es gelungen, die russischen Minenfelder zu überwinden und die russischen Seestreitkräfte aus dem Meerbusen hinauszubringen. Diese haben das Gebiet des Gols von Riga vorläufig aufgesiedelt und ziehen sich auf die Hauptstützpunkte zurück. Aufgrund des Antriebes von Unterseebooten in den finnischen Gewässern wurde der Hafen von Helsinki geschlossen.“

Eine zweite Wirkung des Falles von Riga scheint der Sturz Rornilows zu sein. Dem Lokalanzeiger wird aus Russen berichtet, daß laut Petri Journal die russische Heeresleitung an einen durch die Generale Rausch, Alexejew, Brusilow und Dimitriew zu bildenden Kriegsrat übergeben werde. Damit würde der energetische, rücksichtlose General, der Rauschki's Stellung ebenso bedrohte, wie er beim Arbeiter- und Soldatenrat unbeliebt ist, von der Höhe seiner Macht gestürzt.

Neben die Zustimmung in Petersburg gibt folgender Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur Aufschluß: „In morgen (Sonntag) als dem hundertjährigen Gedächtnistage der russischen Revolution hat der Arbeiter- und Soldatenrat einige 40 Volksversammlungen und Sammlungen in ganz Russland veranstaltet, um seine Geldmittel zu verstärken. Neben den Sozialdemokraten wollten auch die Maximalisten Petersburg diesen Tag vorbereiten und kündigten seit einiger Zeit an, daß sie eine bewaffnete Aktion gegen die einstweilige Regierung vorbereiten werden. Dazu haben sie in der Tat eine nachdrückliche Zustimmungnahme unter den Arbeitern und der Garde in der Hauptstadt beponnen. Diese Vorbereitungen haben die Bevölkerung von Petersburg lebhaft beunruhigt, deren Feindseligkeit immer öfter geworden ist. Heute hat nun der Militärgouverneur General Polisskoff die Einwohner durch Anschlag zur Ruhe gemahnt. Jeder Versuch einer Auseinandersetzung werde scharf unterdrückt werden. Ebensso rufen der geschäftsführende Amtschef des Arbeiter- und Soldatenrates, der Gewerkschaftsrat und der Generalrat der Arbeiterausschüsse die Arbeiter auf und erläutern alle die, welche die Arbeiter und Soldaten mit Waffen auf die Straßen rufen, für Tribut und Feinde der Revolution, die sich im Blute ertränken wollen. Nach den Abendblättern wird die einstweilige Regierung heute abend Maßregeln gegen das beschäftigte Auftreten der Maximalisten erläutern.“

die bauernde Besitzergreifung von Bries und Longwy und natürlich auch weitgehender Annexionen im Osten, mindestens über Riga hinaus. Das drückt die Partei in ihrem Grundsatzaufruf so aus:

„Wir wollen keinen Hungerfrieden! Um einen Frieden, den bald zu erreichen, müssen wir nach Hindenburgs Schluß die Nerven befallen. Tragen wir als Geheimen Kommissionsrat! D. Red.) willig Not und Entbehrungen, so wie dem deutschen Volk ein Hindenburg Frieden zuteil werden, der den Siegespreis ungeheuerlicher Opfer und Anstrengungen bringt. Jeder andere Frieden bedeutet einen verhinderten Schlag für unsere Zukunftsentwicklung. Die Versickerung unserer Weltbildung und unerträgliche Kosten würden unsere wirtschaftliche Lage und vor allem die Ausichten unserer Arbeiterschaft vernichten.“

Wir wollen auch keinen Hungerfrieden. Wir haben aber auch am Hungerkrieg gerade genug! Der Frieden, der wir wollen, soll Deutschland die Möglichkeit geben, im freien Weitland zu betätigen wie vor dem Kriege. Wenn wir dabei vor dem Kriege nicht vereinbart sind, brauchen wir auch noch den großen Minen nicht. Die Kriegsosten werden allerdings bleiben. Aber das Feld in ja im Lande geblieben. Was beim Reich als Kriegsosten erscheint, erscheint zum größten Teil bei den Kriegslieferanten als Kriegsgewinn. Daraus kann man den Hauptteil des Kriegslofts ziehen. Wenn wir aber den Krieg fortjährten sollen, bis unsere Kriegsgegner, die an ihren eigenen Kosten gewesen sind, unsern Verteidigungsbau nicht abholen.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“ will keine innere Zwickmühle, damit der Krieg möglichst kraftvoll und glänzend verhindert werden kann. Deshalb wollen ihre Mitglieder in allen Kräften daran wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Streit ruht. Der sicherste Weg aber, dies ganz unmöglich zu machen und die inneren Streitigkeiten bis zum Krieg zu beenden, ist der Krieg zu steigern, die Kriegswertigkeit bis zum Krieg zu erhöhen, die Kriegswertigkeiten bis zum Krieg zu erhöhen, die Kriegswertigkeit bis zum Krieg zu erhöhen. Wenn wir das Wiederaufbau im Nordland der Ostpreußischen Landeshauptstadt verhindern, ist der Kriegsbeginn eine theoretische Spielerlei, jetzt ist es die gebietliche Pflicht der Stunde. Die „Deutsche Vaterlandspartei“ schließt natürlich ohne ihn zu fragen, als im Schubzirkel den Kaiserlichen Führer vor. Zugleich legt ihr Wert darauf, schriftstellerisch, daß ihre Kriegsverhandlung im Nordland der Ostpreußischen Landeshauptstadt verhindert werden kann. Man soll nicht königstreue Parade machen, wenn man zugleich dem Andenken des Grafen Tschubinski im Tenie des deutschen Landes seinem königlichen Treue und Soldateske diene. Und man soll sich vor allem nicht „Deutsche Vaterlandspartei“ nennen, wenn man die Partei der Kriegsförderung und Grabungen gründet. Man soll nicht „Sachsenländische Kräfte“ für sich in Anspruch nehmen und das ganze über Deutschland vom Anspruch auf den Titel der Vaterlandstreure ausschließen wollen. Denn dieses Verteidigung ist dem schlimmsten Wut der Kriegszeit und vorlicher Befreiung der deutschen Verteidigungskräfte.

Zum übrigen wird es weder die Welt noch die deutsche Regierung untersetzen, daß die Herren, die mit Mund und Feder Länder erobern, sich wieder einmal einen neuen Tod angezogen haben. Bezugsscheinhaftig ist er nicht.

Der sozialistische Wahlsieg in Petersburg.
Beri, 9. September. Matin meldet aus Petersburg: Zu Ergebnis der Gemeinderatswahl hat in politischen Kreisen lebhaft überreiche. Die Sozialrevolutionäre erhielten 121 000 Stimmen, die Leninischen 88 000, die Roten nur 52 000. Die Riedel der Radikalen wird unverkennbar. Allerdings darf sie nicht den Sieg abstragieren. Allgemein ist man neugierig, was sie werden den Sieg abstragen. Allgemein ist man der Ansicht, daß die lärmbende Opposition der Radikalen gegen über dem Arbeiter- und Soldatenrat viele gemäßigte Elemente in die Reihen der Renninthen getrieben habe. Außerdem schienen sie infolge ihrer Belagerung mit der Proletarischen Regierung ernstlich zusammenzurollen, viele Stimmen verloren zu haben.

Hans Schmitz.

Hans schreibt in der Victoria: Die Gesellschaft der Sozialisten und Rennintheiden die Dummköpfe des Komitees von Petersburg müssen sich beklagen, daß es ihnen in fünf Monaten gelungen ist, die Besiegung der Armee herbeizuführen, ihre Disziplin zu untergraben und den Soldaten den Weg ins Innere Rusland zu öffnen. Wenn sie nur wenigstens einsiehen würden, daß sie seit fünf Monaten wie die Kinder betragen haben. Aber nein! Sie sind viel zu stolz, um zuzugeben, daß sie mit ihren Schwabzirkeln und ihre Dienste für und beschädigen der Proletarischen Regierung mit Männern wie Renninthe, Rornilow und Sabotinoff. Ihre Erfüllung wird sie nicht leichtfinden. Wir werden im Regenten sehen, daß diese Selbstbehauptung der Renninthe nicht öffnet. Wir werden sehen, daß sie weiter untereinander schwören und gegen die Radikalen, die Renninthe und Sabotinoff und gegen die Tschubinski, Sabotinoff und Rornilow als Renninthe bezeichnen, weil sie von ihnen begangenen Fehler richtigstellen werden. Wir werden sehen, daß Renninthe nicht wagen wird, ihren Schwabzirkel durch Kanonen ein Ende zu machen.

Zur Verschiebung der Konstituante.

(Erklärungen eines Sozial-Vertreter.)
eb Stockholm, 5. September
Mit dem nach Stockholm zur Teilnahme an den organisierten Vorarbeiten für die Friedenskonferenz entsandten Vertreter des Zentralkomitees der russischen Arbeiter- und Soldatenräte, Gen. Panier-Makofskij, hatte er heute eine längere Unterredung. Gen. Panier legte über die Stärke der verschiedenen Parteien, daß nach den Zulassungen nicht nur die Renninthe, sondern die ganze demokratische Richtung etwas deprimiert gewesen sei. Aber die militärische Lage verschlechtert sich mehr und mehr und das geht zu marxistischen Strömungen hörung. Das Gespräch wandte sich hierauf der Frage der Konstituante an. Panier meint, daß man sich in der Regierung wie in den sozialistischen Kreisen am Anfang meistwendig mit ihr beschäftigt habe, was indes durch die drängenden Tagesarbeiten zu erklären sei. Noch und noch sei jedoch zur Erkenntnis gekommen, daß es notwendig ist, die Bild der Rennen auf den Zusammenschluß der Kommunisten

Montag den 10. September 1917

Groß- und Kleinhandelspreise für Holunderbeeren.

Durch Bekanntmachung der Königlichen Amtshauptmannschaft Dresden als Kreisstelle für Gemüse und Obst vom 4. September 1917 ist für Holunderbeeren im Regierungsbezirk Dresden ein Erzeugerhöchstpreis von 25 Pf. für das Pfund festgesetzt worden.

Entsprechend unserer Bekanntmachung vom 29. August 1917 über Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse wird für Holunderbeeren

der Großhandelshöchstpreis auf 33 Pf. und
der Kleinhandelshöchstpreis auf 44 Pf. für das Pfund

festgesetzt.

§ 2 Ziffer 2 und § 4, 5 und 7 der Bekanntmachung vom 29. August 1917 finden entsprechende Anwendung.

Der Erzeugerhöchstpreis tritt sofort, der Groß- und Kleinhandelshöchstpreis am 11. September 1917 in Kraft.

Dresden, am 8. September 1917.

[S 56]

Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land.

Kartoffel-Verteilung.

§ 1. Für die Woche vom 11. bis 17. September 1917 werden an die Einzelverbraucher aus den angemeindeten Kartoffelläden und Kartoffelzulieferarten von den einkäuflichen Geschäften je 5 Pfund Kartoffeln geliefert.

Militärkraut- und Dönnenshütter Lebensmittelarten sind mit den durch sie nachgewiesenen Mengen Kartoffeln durch die hierfür bestimmten Geschäfte zu beliefern.

§ 2. Einzelverbraucher erhalten nach Maßgabe der Bestimmungen in § 3 und 4 der Bekanntmachung vom 1. August 1917 Kartoffelbezugscheine durch den zuständigen Wehrbezirk ausgestellt.

§ 3. Die für die Woche vom 11. bis 17. September 1917 bestimmten Kartoffeln dürfen erst von Mittwoch den 12. September 1917 an an die Verbraucher abgelebt werden. Militärkraut- und Dönnenshütter Lebensmittelarten werden von dieser Verlosungsfestsetzung nicht betroffen.

§ 4. Die Wehrbezirke erhalten Anweisung, die Kartoffelbezugscheine nach § 2 und der hierzu ergangenen Dienstanweisung vom 1. August 1917 auszuhändigen und die Verteilschlüsse für die Einzelhändler nach Maßgabe der Bestimmungen in § 1 und 2 aufzustellen.

§ 5. Zu widerhandlungen werden nach der Sonderanordnungsvorordnung vom 26. September 1915 bestraft.

Dresden, den 8. September 1917.

[S 55]

Der Rat zu Dresden.

Kohlenverkaufspreise.

Um die Stelle der unter dem 2. August 1917 festgesetzten Kohlenverkaufspreise für Steinkohlen, Braunkohlen, Rohkohle, Industrie- und Haushaltstrikette treten infolge weiterer Steigerung der Berufspreise und Bruchfälle

von Montag den 10. September 1917 an

bes auf weiteres folgende

Kleinverkaufsrichtpreise

für Händler, die eine eigene Verkaufsstelle an der Bahn oder der Elbe haben:

		Sorte	Preis ab Lager	Preis frei vor Haus						
			1 Grt.	1 hl	1/2 hl	1 Grt.	1 hl			
a) Steinkohle:										
Oberflächliche Würfel II und Ruh I a	2.45	gr.	3.95	gr.	2.—	2.75	gr.	4.05	gr.	
Oelsnitz und Zugauer Würfel I und II	2.80	gr.	4.00	gr.	2.25	gr.	3.10	gr.	4.60	gr.
Anorpel I	2.70	gr.	4.00	gr.	2.00	gr.	2.05	gr.	4.20	gr.
Anorpel II	2.50	gr.	3.70	gr.	1.85	gr.	2.75	gr.	3.95	gr.
Rgl. Zauckerde und Sargte Beile	2.20	gr.	3.70	gr.	1.80	gr.	2.50	gr.	4.15	gr.
Würfel, Ruh und kleine Rüsse	2.20	gr.	3.70	gr.	1.80	gr.	2.50	gr.	4.15	gr.
b) Böhmisches Braunkohle:										
Sondermarke Nohinger und Eggersdorf (Wärde).	2.45	gr.	3.75	gr.	1.90	gr.	2.70	gr.	4.00	gr.
Venus und Fräulein Paul	2.20	gr.	3.25	gr.	1.65	gr.	2.45	gr.	3.55	gr.
Emilia	2.10	gr.	3.15	gr.	1.80	gr.	2.85	gr.	3.55	gr.
1. Qualitätsgruppe	2.35	gr.	3.60	gr.	1.80	gr.	2.65	gr.	3.85	gr.
Öffig/Bruch Mittel I u. II, Ruh I	2.00	gr.	2.95	gr.	1.50	gr.	2.25	gr.	3.25	gr.
2. Qualitätsgruppe	1.85	gr.	2.70	gr.	1.35	gr.	2.10	gr.	3.00	gr.
3. Qualitätsgruppe	1.70	gr.	2.50	gr.	1.20	gr.	1.90	gr.	2.80	gr.
c) Rohkohle:										
Niederlausitzer, ungefeist.	1.10	gr.	1.55	gr.	0.80	gr.	1.85	gr.	1.95	gr.
d) Industriebeile:										
große und kleine	1.65	gr.	2.45	gr.	1.25	gr.	1.95	gr.	2.75	gr.
e) Haushalt-(Salon-)Beilette										
50 Stück	50	Stück	100	Stück	500	Stück	1000	Stück		
Preis ab Lager	0.90	gr.	1.75	gr.	8.75	gr.	17.00	gr.		
Preis frei Hörster	—		—		10.00	gr.	19.50	gr.		

II.

Händler, die keine eigene Verkaufsstelle an der Bahn oder an der Elbe haben, dürfen bei allen Kohlemorten — mit Ausnahme der Haushalt-(Salon-)Beilette — einen Aufschlag bis zu 0.20 M. je Kettiner oder 0.30 M. je Hörster.

Preihaben; hinsichtlich der Haushalt-(Salon-)Beilette gelten auch für sie die unter I festgesetzten Richtpreise.

III.

Beabsichtigte Überschreitungen der vorstehenden Preise und Aufschläge sind von den Händlern beim Kohlenamt rechnungsmäßig zu begründen.

IV.

Bon der Festlegung angemessener Preise für Rols aller Art, Anthrazit und Steinkohlen-Beilette ist vorläufig abgesehen worden; die Verkaufspreise hierfür sind jedoch von den Händlern auf Betragen gleichfalls beim Kohlenamt rechnungsmäßig zu begründen.

Dresden, den 8. September 1917.

Deuben!

Die Auszahlung der Entschädigungen für die bis jetzt an die Sammelstelle der Gemeinde abgelieferten Metallgegenstände erfolgt

Dienstag den 11. September 1917

nachmittags von 2 bis 5 Uhr

in der Sammelstelle Dresdner Straße 30, und zwar nur an Erwachsene, und nur gegen Abgabe der von der Sammelstelle bei der Ablieferung ausgestellten vorläufigen Quittung.

[WS 4]

SARRASANI

Allgemein 7½

Allgemein
2½

Montag
Samstag
Sonntag

Nachmittags
3½

Das Circusprogramm und

RUND UM DEN ZWINGER

von Otto Reutter, A. Müller-Förster und Victor Holländer. Vorverkauf an der Circuskasse und im Warenhaus Hermann Herzfeld, Altmarkt. [S 56]

SARRASANI-Trocadero: 5-11½ Uhr. Gastspiel: Kammer-Sänger Alberti am

Enten

großer Transport junge ausgewachsene, ca. 4 Mon. alt, große Rasse, à 15 gr. steht zum Verkauf. J. Neumann, Luisenstr. 56, Tel. 16194. [B 2470]

Staatspapiere usw. jähr. jüngst ausgestellt und in jeder Menge

8.0241 Rudolf Reidl

Inhaber der Kleintierzucht "Reidl's Hof", Dresden-N. 28, Hermesdorfer

Strasse 13. Renntr. 18.591 u. 18.009.

Einkauf ausgemämmter

Haare

Wildruffer Str. 40, 2.

Rund um Dresden

im Wechsel der Jahreszeiten

50 Ausflüge

von

Fritz Edardt.

Preis 75 Pf.

Börsbuchhandlung

Wettinerplatz 10.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Max Sachse, Börse 8.

Verantwortlich für den Inserenteil:

Reg. Gehege

Druck und Umlauf: Raben & Börs. Dresden

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Sächsische Angelegenheiten.

Regierung und Wahlrechtsreform.

Die brüste und abweisende Art, wie die sächsische Regierung im Verfassungsausschuss auch nach den Vorgängen in Breitungen und angesichts der preußischen Reformen jede Wahlrechtsänderung ablehnt, hat auch in der rechtstheoretischen bürgerlichen Presse Bewunderung hervorgerufen. So ist in einer Betrachtung der Leipziger Neuesten Nachrichten über die Haltung der sächsischen Regierung zur Frage der Verfassungsreform unter anderem folgendes zu lesen:

Gang besonders bedauerlich aber ist es, daß nachdem der zweite Kaiserliche Erlass neben dem allgemeinen, geheimen und freien Stimmrecht auch das gleiche Wahlrecht in Aussicht gestellt hat, die Regierung auf die Kritik, ob sie sich dadurch verantworte, ihre Stellung zur Umgestaltung des Landtagswahlrechts zu ändern, lediglich mit einer kurzen und mit keiner Begründung versehenen Erklärung geantwortet hat, wonach sie auf dem Standpunkt beharrt, den der Minister in der Sitzung des zweiten Kammer am 16. Mai 1917 eingenommen hat, weil sich in Sachsen nichts geändert habe. Man wird nicht allein in Sachsen, sondern wohl im ganzen Reich erstaunt sein, daß der hochmächtige Kaiserliche Erlass bei der sächsischen Staatsregierung nicht als eine neue Tatsache gewertet wird, die zu einer Prüfung der Frage des Wahlrechtsänderung nötig ist. Man wird es kaum bezeugen, daß die Regierung nicht wenigstens versucht hat, die Gründe anzugeben, warum sie das für Sachsen als unumstößlich erachtet, was man in Preußen in Aussicht stellt. Außerdem wir doch keinen wollen wir durchaus nicht behaupten, daß für dieses „Kammerwahlrecht“ keine Gründe vorhanden seien, in dem die ganze soziale und wirtschaftliche Struktur Sachsen anders als die Preußen. Doch aber die Regierung es ablehnt, ihre Gründe dem Ausdruck zu unterziehen, überhaupt mit ihm über diese Frage zu diskutieren, das schafft allerdings in hohem Grade befremden.

Diese Tatsache hat im Ausmaß und zwar bis weit in die rechte Seite hinein, lebhafte Diskussionen hervorgerufen. Man kann sich des Eindrucks nicht entziehen, daß die Regierung sich trotz allen Vorgängen, die vor der Verlegung des Landtags gespielt haben, noch immer der Erkenntnis verpflichtet, welche Bedeutung den Fragen der Renovierung in der sächsischen Regierung beigegeben wird.

Wenn unter der rechten Seite, bis wohin die Wichtigkeit gedrungen sei, die Konservativen geweint sein sollten, kann man allerdings gesagt werden, daß wir dort nur Trostlosen über die Regierungsschläge bemüht haben. Bedenkt man aber wird das Verhalten der Nationalliberalen werden kann sie sich auch jetzt noch dieer Prüfung durch die Regierung, zu einem mannhaften Verhalten aufrufen können, dann muß auch die leidende Hoffnung darauf schwanken, daß mit Hilfe der Nationalliberalen in Sachsen wenigstens ein klein wenig Fortschritt erreicht werden könnte.

Sächsische Kriegspolitik.

Aus Kopenhagen wird der Volkszeitung folgendes gemeldet: Über unsere gegenwärtige Lage äußerte sich der sächsische Staatsminister Graf von Bismarck-Eckstädt in einer Unterredung mit dem Vertreter des Budapester Hirschs folgendermaßen: Unjere gegenwärtige militärische Lage ist sehr günstig und ich glaube zufrieden, daß wir im letzten Kriegsschuh stehen. Die gegenwärtig tobenden Schlachten sind die letzten vergessenen Versuche der Entente, ihre militärische Lage irgendwie zu verbessern, denn auf rechtzeitige Hilfe kommt es nicht mehr. Die Kriegerkunst wird sie kaum noch rechnen können. Die Kriegerkunst leisteten und leisten noch herausragende Arbeit. Die Entente wird die wirtschaftliche Erholung nicht verhindern können. Unsere eigene wirtschaftliche Lage ist nach rechter Seite gut. Insofern die kriegerlichen Parteien sich gegenüber näher rücken, hängt von der Kriegslage ab. Wir können deshalb unsere Maßnahmen jetzt noch nicht bekanntgeben. Denn dann würde für weitere Verhandlungen kein Raum bleiben. Die Räumung der besetzten Gebiete als Voraussetzung der Verhandlungen ist ein unerfüllbarer Wunsch der Entente.

Es wird sich bei diesen Auslastungen kaum um mehr

als die Privatsicht des Grafen Bismarck handeln. Sie ist von grohem Optimismus getragen, aber nicht von der Einsicht belebt, daß aus diesen Schreien und Wirren nur eine Verständigung führen kann. Davor scheint der Minister des Innern ebenso weit entfernt zu sein wie von der Erkenntnis, daß im Innern Sachens gründliche freiheitliche Reformen erforderlich sind.

Klagebriefe.

Neben die Verkündung der Klagebriefe an unsere Feldgrauen macht der an der Front befindliche Oberbürgermeister Dr. Stoll in seinen leichten, von der Genfer genehmigten „Grünen aus dem Felde“ eine Feststellung, die, wie er mit Recht sagt, nachdenklich stimmen muß. Von zwölf Klagebriefen aus der Heimat an deutsche Soldaten, die sich in bildlicher Wiederholung auf einem von einem feindlichen Flieger abgeworfenen Blattblatt befanden, stammten neun aus Sachsen! Dr. Stoll ist der Meinung, daß der Grund zu dieser bestürzenden Erstcheinung in verschiedenen Einstichen zu suchen sei. Zunächst müsse es einmal klar erkannt und offen ausgetragen werden: die Verfolgungsabschreckungen machen sich gerade in Sachsen in besonderem Umfang bemerkbar. Das liegt in der Hauptstadt in der Eigenart Sachens als eines Industriestaats begründet, der auf vielen wesentlichen Gebieten seines Verstiegungsbedarfs auf auswärtige Zufuhr angewiesen sei. Dazu fünen als besondere Merkmale des sächsischen Volkscharakters das mittelalte Wesen resp. die Gemütsart. Diese Idylle aber zwirbelt um in Wehrdigkeit. Aus dem Neubau, den Angehörigen im Felde an den häuslichen Sorgen teilnehmen zu lassen, und aus webleidiger Stimmung heraus entstehen dann diese Ergebnisse. Es könnte dennoch leicht oft genug behauptet werden, eine wie schwere Verkündigung solche Klagebriefe sowohl gegenüber dem Empfänger als an der Sache des Vaterlandes seien.

Es läuft sich allerdings nicht leugnen, daß durch Klagebriefe an die Front nichts gehoben, andererseits aber die Landesverteidigung geschädigt werden kann. Doch ist kaum zu hoffen, die Erziehung durch Erinnerungen zum Schwinden zu bringen. Das beste Mittel dagegen ist, die Kriegunterstützung gut auszubauen, sie den Bedürfnissen und der Feuerung entsprechend zu erhöhen und die Nahrungsmitteleinsparungen nach Kräften zu mildern. Das aber darf noch viel zu tun übrig bleibt, weiß jeder, der die Zustände kennt. Vor allem ist es nötig, die Unterschiede zu befehligen. Wenn Sachsen ein Zuland ist, braucht es deshalb nicht so sehr viel schlechter wie andere deutsche Staaten mit Nahrungsmitteleinsparungen zu werden. Die Unterschiede erhitzen. In einem Lande, wo das Volk besonders Mangel leidet, tritt die Tatsache auch schärfer hervor, daß die Bevölkerung zum größten Teil noch gut genährt sind, daß auf dem Lande alles noch reichlich vorhanden ist, während das Volk in bedrohlicher Weise darbt; das ließe sich wesentlich bessern, wenn alles rücksichtslos erlaßt würde und man der Hamsterei und dem Schleihandel energischer zuliebe ginge.

Wenn besonders viele Klagebriefe aus Sachsen kommen, ist das ein Zeichen, daß es uns besonders arg bestellt ist und man an den Reichsstellen vor allem dafür sorgen sollte, das sächsische Industrieland besser als bisher zu versorgen. Schon oft ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Nahrungsmitteleinsparung anderswo nicht so arg sind wie in Sachsen.

Die sächsischen Nationalliberalen zur Renovierung.

Das amtliche Organ der sächsischen Nationalliberalen, die Zittäler Union, berichtet die Renovierung in Sachsen und bedauert lebhaft, daß die Regierung lediglich einer Reform des Oberhauses zustimmen wolle, die aber an dem jetzigen Zustand eigentlich nicht viel ändert. Deshalb müßten die Nationalliberalen endlich von den Worten zur Tat übergehen und die Regierung, die nur auf eine kleine Widerstand stützen kann, durch offene entschiedene Opposition zur Reform zwingen. — Diese Absicht ist sehr läblich, nur wird man eingemahnen durften, ob gerade die säch-

sischen Nationalliberalen den Mut dazu aufbringen, in eine wirkliche Opposition zur Regierung zu treten.

Plötzlich gestorben.

ist im Schwarzwald, wo er Erholung suchte, der Geheimrat Dr. Hartmann, Vortragender Rat im Ministerium des Innern.

Mahnungen gegen den Schleihandel.

Einer Korrespondenz folge soll nach Überwindung gewisser Widderstände und angezeigt durch die starke Stellungnahme des neuen Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes nunmehr auch das sächsische Lebensmittelamt der Befähigung des Schleihandels, der ja auch in Sachsen großen Umfang angenommen hat, besondere Aufmerksamkeit widmen. Angeblich sollen soon in der nächsten Woche entscheidende Maßregeln ergreifen werden.

Austritt des Leipziger Oberbürgermeisters.

Am Schluß des Gesamtstreiks am Sonnabend teilte Oberbürgermeister Dr. Tietrich mit, daß sich seine Aufführung auf eine nachhaltige Besserung seines gesundheitlichen Zustandes leider nicht erfüllt habe und daß er das ihm anvertraute Amt daher nicht mehr erfüllen könne, wie dies zu seiner plötzlichen Aufführung geschehen müsse. Er habe sich deshalb gezwungen, seinen Antrag um Vergebung in den Ruhestand zu wiederholen und endgültig die Bitte auszusprechen, ihm mit Ende des Jahres aus seinem Amt zu entlassen. Der Gesamtverein nahm mit Bedauern von diesem Entschluß des Oberbürgermeisters Kenntnis und beschloß, den Stadtverordneten vorzuschlagen, mit den Vorberichten zu Wahl einen gemeinsamen Aufschluß zu beauftragen.

Oberbürgermeister Dr. Tietrich ist jetzt 82 Jahre alt; Leipziger Stadtoberhaupt war er seit 1886; vorher war er Oberbürgermeister in Plauen i. B.

Neue Höchstpreise für Wild.

legt eine Verordnung des Ministeriums des Innern fest. Die Preise sind bis ins einzelne für alle Fleischsorten festgesetzt. Sie schwanken bei Kochfleisch von Reich zwischen 70 und 90 Pf. und bei Rindfleisch und Schweine von Reich zwischen 250 und 290 Pf. für ein Stück; für Haxe mit Knochen ohne Aufschub soll 1,15 bis 1,25 M. ohne Knochen 1,10 bis 1,20 M. bezahlt werden, wenn der Haxe weniger als 3 Kilogramm wiegt. Für Hosen über 3 Kilogramm kostet der Stückpreis zwischen 6,50 und 7 M., für der Haxe ohne Knochen reduziert das den Preis um 30 bis 35 Pf. Wilder Kaninchen kosten 1,80 bis 2 M., ohne Knochen 1,10 Pf. weniger. Die niedrigeren Preise gelten in kleineren Dörfern, die höheren in Städten mit über 30 000 Einwohnern. Am übrigen muß auf die unzureichende Verordnung selbst verwiesen werden.

Meerane. Der Kommunalverband der Agl. Amtshauptmannschaft Glauchau hat hier 300 Schafe, 55 Lämmen und 173 Schweine zu Mastzwecken untergebracht.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Beim Obsthofen Bürgel in Mülsen bei Geisingen der auf Heimatmisch beständige Landwirtmann, der Bauermeister Kühl, vom Baume und erlitt so schweren Brand, daß er ihnen im Krankenhaus Goldau bald nach der Entfernung erlegen ist. — Ein Schadensteller zerstörte in Annaberg zum großen Teil die Sächsische Baumwollfabrik und Altenberghalle. Vier auswärtige Feuerwehren beteiligten sich am Löschwerk. — Ein auswärtiger Feuerwehrmann wurde in der Feste beim oben Wahr in Plauen ein älterer Bauermeister von hier. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Der Mann war seit längerer Zeit traurig und hat wahrscheinlich in einem Anfall von Schwermut Hand an sich gelegt.

Der Fahrdienstfahrer A. Gränsenberger in Rennsteig schafft in einem dortigen Bahnhofsbetrieb so ungünstig zwischen den Fahrzeughallen, daß er sehr schwere Verletzungen erlitt. Er wurde ins städtische Krankenhaus übergeführt, wo er bald nach der Einlieferung verstarb. — Am Donnerstag geriet der Chefcafé des Vereinshausen Anger in Zittau-Bernsdorf bei Jöhla ein Stuß Brot in die Füße. Sie erlitt einen Erdbebenanfall, der in letzter Zeit den Tod herbeiführte.

Eure Augen trüb werden wollen, so läutert Euch damit. Weinen hilft es nicht mehr. Fahret wohl!

Am Abend desselben Tages ging Eßehard auf den Berg, an den füd das Kloster achtet. Seit langer Zeit war das kein Lieblingsgang. An den Felsenwällen, die dort zur Tendenz flößerlicher Felsenpartie hinunter angelegt sind, spiegelten sich die Tannen; ein leichter Hauch frischete die Wellen, die Bäume tummelten sich. Lächelnd ging er vorüber: Wann wird ich wohl wieder einen von euch verehren?

Zum Tannenwald oben auf dem Freudenberg war es sicherlich still. Da hielt er an. Ein weites Rundbild tat sich auf.

Zu Füßen lag das Kloster mit all seinen Gebäuden und Ringmauern; hier sprang der wohlbekannte Springbrunnen im Hofe, dort blühten die Herbstblumen im Garten — dort in langer Reihe die Fenster der Klosterzellen, er sah jedwed und sah auch die feinste: „Behüte dich Gott, stilles Gelöß!“

Eßehard hob sein Auge. Hoch aus der Ferne, wie reiche Zukunft, glänzte des Bodensees Spiegel herüber, in verschwommenen Duft war die Linie des anderseitigen Ufers und seiner Höhenzüge gehüllt, nur da und dort hörte ein beller Schein und ein Widerchein im Wasser, die Niederschläge der Menschen endetend.

„Wer was will das Dunkel in meinem Auge?“ Er schaute sich an, rückwärts hinter den lösungen Vorbergen reiste der Sontzsche Jäger und Hörner entwegen, auf den verwornten Feldwänden hörte warmer Sonnenstrahl mitsamt im Raum mit dem Gewönde und strahlte vorüberlebend auf die Mäuse alten Edwars, die in den Schnecken neuen Winter entgegneten. „Lebet den sonst stand eine dunkle Wolke, sie dehnte und breite sich bald vor die Sonne verdeckt, grau und matt wurden die Farben, er schaute sich an, zu weiterlebend.“

„Zoll mir das ein Zeichen hin?“ rief Eßehard, ich verstehe es nicht. Mir Weg geht nicht zum Ziele.

Nordwesten läuft er den Berg hinunter.

In der Nacht setzte er am Grab des heiligen Gallus, Grünbürgers nahm er Abschied. Der Virgilus und Thielos Bläckstein waren in die Reisetasche verpackt, kein übrig Gefäß fürz beizumachen.

Der Abt identifizierte ihn zwei Goldklüppchen und eisige Silberdenarii als Zeit- und Novitäten.

Wit einem Hornstück des Jägers fuhr er über den See — die Segel von anhaltigem Wind, die Brise von Nut und Wandern leicht.

Mittag war es, da rückte das Festzelt von Konstanz und

Ellehard.

Von Viktor Scheffel.

(Nachdruck verboten.)

Da wünschte Herr Grolo betrübt dem dienenden Bruder: „Traget den Kelch in die Schlossküche zurück.“ Frau Padraig reichte ihm anmutig die Rechte, die Rose stammten, Herr Spazio schwang den Hut — in leichtem Trab ritt der Zug mit des Klosters Bonn heimwärts.

Von des Wächters Turmhütte ward ein müßiger Strahl in die Abreitenden geworfen, dran allein an Sonnenblumen die Hälfte eines Tugend prangte, der Ältern nicht zu gebieten, aber niemand singt ihn auf, und der Rose Hut begnügte darüber hin...

Im trockenen Graben vor dem Tor hatten sich die Schüler der östlichen Klosterschule versteckt. „Langes Leben der Frau Herzogin in Schwaben! Gott ihr! ... und sie soll die beiden bald schicken!“ „Heil!“ riefen ihre Auf gellend in der abziehenden Uhr.

„Wem für ein ungezogenen Benehmen drei Gestaltstage und die besten Servitiae bewilligt sind, der hat gut schreien.“ sprach Herr Spazio.

Langsam ging der Abt ins Kloster zurück; er ließ Ellehard, den Pörtner, zu sich rufen und sprach zu ihm: „Es ist eine Zusage über Euch ergangen. Ihr solltet der Herzogin Schwaben einen Brief mitbringen und ihr Lebter werden.“ Ellehard schlug die Augen nieder, seine Wangen röteten

„Aber den Wöldigen der Erde durften wir keinen Aufschlag geben. Morgen reinet Ihr ab. Ihr verlieret Euch ungern. Ihr werdet der brausen und wiedigten einer. Der heilige Gallus wird Euch den Dienst geben, den Ihr seinem Stift leistet. Vergelt auch nicht, aus dem Virgilus das Titelblatt weganziehen mit der Verwünschung gegen den, der das Buch dem Kloster verklepp!...“

„Des Menschen Herzenschmerz ist, dazu läßt er gern beobachten.“

„Des Gehorsams Gelübde“, sprach Ellehard, „heißt mich Vorgezogenen Willen linden Augen und Aufschub, sondern Hubert und Muren vollziehen.“

Dann ging er nach seiner Zelle. Es war ihm, als hätte geträumt. Seit gestern war ihm fast zu vieles bekannt. Es geht noch anders ebenso: lang, einförmig schleicht das Leben — wenn des Schicksals Wendungen kommen, folgt Schlag auf Schlag.

Er wandte sich zur Bibliothek, den Virgil auszulezen.

Er probte sich auf die Bibliothek, den Virgil auszulezen.

den schwiegenden Personen, da kan ein Gefühl der Wehmuth über ihm; auch das Leblose stellt sich bei Abschied und Wiedereilen vor den Menschen, als trügt es eine Seele in sich und nähme Anteil an dem, was ihm bewegt.

Die Bücher waren seine besten Freunde. Er kannte sie alle und wußte, wer sie geschrieben: — manche der Schriftzüge erinnerten an einen von Tode schon entführten Geschätzten...

Was wird das neue Leben bedeuten, das von morgen für mich anbietet? Eine Träne stand ihm im Auge. Gestalt sein Blick auf das kleine, in metallene Tasse gebundene Klosterstück, in dem einst der heilige Gallus, der vom Bodensee üblichen Landesprunk unklug, sich vom Pfarrherrn zu erkunden, wie des Klosters Stifter mit so wenig Auslastung und Hilfe derzeit ausgesetzt, ein fremder Mann, unter die Heide, und wie sein Gott und sein unverzagt Herz in Ketten und Färblichkeit ihm immerdar frisch gehalten...

sein Mut stärkte sich er läßt das Büchlein, nahm den Virgil aus dem Schrein und wandte sich zu gehen. „Wer dieses Buch megtäglig, den sollen tausend Peitzenkübel treffen und Lämmchen und Iucak dazu!“ stand auf dem ersten Blatt. Er schafft es weg.

„Woher?“ fragt er.

„Minnern — und morgen soet ins Bett. Webi mit Eure Hand, ich komme auf den hohen Thiel.“

„Thielum!“ rief der Wunde, „Iehr Thielum!“

„Thielum, Vater Thiel!“

„Thielum!“ ist ein thielum Ding für den, der gerecht bleiben will. Thielum noch Thielum — was ist Thielum und Thielum zugleich?“

„Es ist mein Schielum,“ sprach Ellehard.

„Naßt Gallus behüte und ichrime End.“ sagte Thielo.

„Zeh will für Euch beten. Webi mir meinen Thiel.“

Ellehard wollte ihm seinen Arm hieben, der lehnte es ab; er erhob sich und schritt zu einer Nische in der Wand, dort stand ein formloses Klöcklein. Er nahm es herab und gab es ihm:

„Es ist Waller aus dem Jordan, das ich selber einst ge-

schöpf. Wenn Euch der Staub der Welt übersogen hat und

Gerichtszeitung.

Jugendstrafkammer.

Die beiden Buchdruckereihilfinge M. und S. rückten nie mit ihrem Prozeß aus und hatten kein Tongespräch. Am 1. März kamen sie auf die Idee, sich selbst Prozessar zu prüfen. Sie beschwerten die Eache und stellten sich zunächst 14 Blatt vor. Beim Eintritt vor das Gericht hatten sie im mehreren Wiederholen Erfolg, sie wurden aber auch am mehreren Orten abgewiesen. Sie waren geständig. Als M. vom Polizeiprätor nach seinem Namen gefragt wurde, daß er einen falschen Namen an. Der Staatsanwalt beantragte Verhaftung wegen einer Verhandlung und wegen Vergehen gegen die Bundesverordnung vom 26. September 1915, die Prozessar betreffend. Das Gericht verurteilte sie zu 3 und 2 Wochen Gefängnis. Wegen der politischen Verhaftung erhöhte es die Strafe um einen Tag. Daß im Urteilserklärung wurde aufgetragen, daß die jungen Prozessar nicht bedacht haben.

Schöffengericht.

Liebe Freunde.

Die Galtwirtschaften P. hatte einen Strafbefehl über vierzehn Tage Haft erhalten. Ihr Restaurant grenzt an eine Fabrik, in der Fleischfabrikant arbeitet. Dieses Tages ist beschäftigt worden, daß die P. in der Nähe, wo im Nachbarquartier die Fleischgefängnisse festgestellt, eine Schachtel Zigaretten hingelegt hat. Das soll offensichtlich vorgenommen sein. Der Frau war die Strafe zu hoch, sie batte eine richterliche Entscheidung. Der Amtsgericht beantragte leichte Bestrafung. Das Gericht erlaubte auf eine Geldstrafe von 50 Pf. oder 10 Tagen Haft. In der Urteilsverkündung wurde aufgetragen, daß die Frau blöder und blöder sei und ihr auch nur ein Ball zugespielt war.

Verbotener Verkauf mit Kriegsgeschenken.

Wurde der 30-jährigen Arbeiterin St. und der 28-jährigen Arbeitsbeschafferin R. zur Zeit gezeigt. Der Betrieb der letzteren steht bei der Marine, während die St. nach Süden gekommen ist. Beide haben sich mit französischen Kriegsgefangenen eingelassen, wobei es bei beiden bis zum Geschlechtsverkehr gekommen ist. Die R. hat an diesem Zweck ihre Wohnung zur Verfügung gestellt, sie soll als Unternehmerin des Kriegsgefangenen. Die Dienstausführung fand unter Ausblitz der Geheimhaltung statt. Das Urteil lautete wegen Vergangenem gegen die Beamtentum der kommandierenden Generale des XII. und XIX. Corps vom 8. Juni 1916, in Verbindung mit dem Gesetz über den Lohnsteuerabzug von 1881, bei der R. zur Höchststrafe von sechs Jahren, bei der St. zu fünf Wochen Gefängnis.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Textilarbeiter und die Übergangswirtschaft.

Auf die großen Schwierigkeiten, die der Textilindustrie bei kommenden Überleitung auf Friedenswirtschaft bevorstehen, hat die Frontland des Deutschen Textilarbeiterverbands in einer Eingabe an die bündesstaatlichen Regierungen eingewiesen, in der er schreibt: "Während bedeutenden Industrien Deutschlands Rohstoffe und kostspielige Hilfsmittel in der Hauptstrecke aus heimischen Märkten geliefert werden können, ist, wie bekannt, die Textilindustrie im Rohstoffzug fast ausschließlich auf das Ausland angewiesen, und zwar hauptsächlich auf überseeische Gebiete. Der Rohstoffzehrung der ganzen Welt, die Knappheit der Lebensmittel in allen Ländern, sowohl den vom Kriege betroffenen als auch den vom Kriege nicht betroffenen, der Rohstoffmangel in der ganzen Welt und vieles andere werden nach dem Kriege eine ungeahnte Zukunft von Textilarbeitern offen stellen. Die Entwicklung des gesamten inneren Marktes von Textilarbeiten aller Art sowohl wie die Erhöhung der einzelnen Haushaltungen von allem, was für menschliche Bekleidung nötig ist, kann die Nachfrage ins Riesenhafte steigern, der die notwendig eingeschränkte Produktion in keiner Weise zu genügen vermögt."

Die Verteilung der Fasernäthe auf den Handel sowie der Preisverschleiß an das konsumierende Publikum, die Herstellung teuerwürdiger Preise der von den Massen benötigten Artikel bilden Probleme, die in der ersten Reihe zu bearbeiten sind. Desgleichen ist die Wiedereinführung der Textilarbeiter auf die Friedenswirtschaft, die Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie, die Frage der Arbeitsvermittlung und der sogenannten Tätigkeitslänge, Lohnfrage und Arbeitsförderung von eminenter Bedeutung.

Bei all dem spielen aber Arbeitersinteressen eine ganz verborrende Rolle. Wenn die besondere Stellung der Textilindustrie erkennt, daß im Reich sowohl wie in allen Bundesstaaten, die von der Textilindustrie durchsetzt sind, besondere Vereine resp. Ausschüsse gebildet werden, denen alle die Übergangswirtschaft der Textilindustrie bezügliche Fragen vorgelegen sind, so rechtfertigt es das Interesse der Textilarbeiter sowie auch das Interesse der gesamten Industrie, zu diesen Ausschüssen Vertreter der organisierten Arbeiter einzuziehen.

Aus diesen Erwägungen heraus kommt der Deutsche Textilarbeiterverband zur Aussicht folgender Forderungen:

1. Es ist dringend notwendig, daß die Reichsregierung zu den Ausschüssen und Gründen für Übergangswirtschaft nach Vertreter der Textilarbeiterorganisationen zusicht;

2. a) Die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in denen die Textilindustrie einen bedeutenden Standort der Friedenswirtschaft bildet, je einen Ausschlag verzeihen, dem auch Vertreter der Textilarbeiterorganisationen angehören müssen;

b) soweit Bezirkshaushalte notwendig sind, auch im diese solche Vertreter berufen werden;

3. in alle Ausschüsse nur solche Vertreter berufen werden, die von den Textilarbeiterorganisationen vorgeschlagen werden.

Die Richtigkeit der Ausschüsse hat sich auf alle Fragen der Übergangswirtschaft zu erstreden, insbesondere auch auf: Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe, Wiedereinführung der Textilarbeiter auf die Friedenswirtschaft, Zurückführung der Textilarbeiter in die Textilindustrie, Arbeitsvermittlung, Arbeitsförderung, Lohnfrage und Arbeitsförderung.

Von den bündesstaatlichen Regierungen liegen bereits mehrere Antworten vor, denen zu entnehmen ist, daß die hier aufgestellten Forderungen Berücksichtigung finden werden.

Notales.

Lohnbewegung in den Großbetrieben und Mühlenbäckereien.

Seit Wochen stehen die Männer und Frauen in den Großbetrieben und Mühlen Dresden und Umgebung in Lohnbewegung. Ihre Forderungen sind: Erhaltung eines Mindestlohn, gerechte einheitliche Lohnzettel, Nebenkunden- und Sonnabtagarbeitsbelastung, Verhinderung einer neuromöglichsten Lage. Diese Wünsche wurden den Arbeitgebern schon im Juli zugestellt, doch nur vier Fabrikanten gaben eine Antwort für notwendig. Auch der Großfabrikanten-Verband hat bis heute noch keine Antwort gegeben. Die Organisation der Männer erfuhr dann die Schließungsschelle 12 um Vermittlung. Das konnte jedoch aus formalem Grunde nicht erfolgen, da es eine Klage bei den Arbeitgebern über die Höhe verhinderte; es will bestrebt sein, eine Einigung zu schließen und einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Großgewerbe zu schaffen.

Inzwischen ist es nun der Organisationsleitung gelungen, in Dresden und seiner Umgebung mit zwölf Firmen Großbetriebe, ausgeschlosse und weitere Firmen haben sie schon bereit erklärt, sich mit dem Mühlenverband zu einigen. Eine eigenständige Standesgemeinschaft nehmen einige Mitglieder des Großfabrikanten-Verbands ein, die bestreben, man soll gründlicher alles anstreben und es eventuell einen Streik kommen lassen; die Mühlenbetriebe müßten ihnen dann von Männern oder Frauen an Verhandlungen stellen, da sonst die Pro-

dersorgung in Frage gestellt sei, und zu Strafmaßen ließe es das Reichsamt nicht kommen. Daß es preisgekrönte Leute mit Mühlenlohn von 25 bis 30 M. nicht möglich ist, ihre Familien in jeglicher Hinsicht zu ernähren, müßten und können einzelne Herren nicht begreifen.

Bezirksleitung des Bäckerbundes.

Inland.

Zur Aenderung des Hilfsdienstgesetzes.

Das Korrespondenzblatt der Generalausschiffung nimmt in seiner nächsten Nummer (vom 8. September) Stellung zu der Erklärung des Reichsrats Düsseldorf, daß er und seine Freunde das Hilfsdienstgesetz nur dahin ändern wollten, daß die Bezeichnung der Arbeitsfreiheit im § 8 sollte, damit die Arbeitsfreiheit in der Munitionsbildschule gehoben werde. Dazu bemerkt das Korrespondenzblatt: "Die Gewerkschaften werden sich natürlich einer Aenderung des Hilfsdienstgesetzes, welche lediglich die volle Freiwilligkeit des Arbeiters wiederherstellen will, nicht widersehn. Nur sind sie der Meinung, daß die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern damit eine Wohltat erweisen möchten, den gleichen Nutzen auch ohne Begehrungsänderung erreichen könnten. Sie brauchten ihren Arbeitern doch die Arbeitsfreiheit nicht zu verbieten, und die Freiwilligkeit wäre hergestellt, die Schleißämter und Schlachthausaufsichtsbehörde brauchten nicht in Tätigkeit zu treten und die Arbeitsfreiheit könnte sich — an anderer Stelle — ungedeckt entfalten. Dieser einfache Weg erscheint indes den Schleißamtsstellen nicht als der rechte, und das gibt die Vermutung Raum, daß sie mit der Ausführung des § 9 noch weiterliegende Zwecke verfolgen. Es ist offenkundig, daß ihnen die Schlachthausaufsichtsbehörde ein Dorn im Auge sind, weil sie die Unternehmer gewinnen, die demselben über ihre Unternehmensberechtigung und ohne Rücksicht auf Antwort zu leben, und daß sie sicher den ganzen unterländischen Hilfsdienst über Nord machen möchten, als noch länger der Jurisdiktions der Ausländer zu unterliegen. Das scheint mit der Aufhebung des § 9 bedenklich zu sein. Vielleicht rechnen die Herren auch mit einem Erfolg der Ausdehnung durch Militarisierung der Wohlfahrtsarbeit im Wege der Ausdehnung der Militärlistung auf das Alter bis zu 60 Jahren, die ihnen ein heiter wissensloser Arbeitsservice überantworten würde. Dann könnten freilich Unternehmer und Gewerbe und Antwort zu leben, und das Sicherheit den ganzen unterländischen Hilfsdienst über Nord machen möchten, gegen die Herren Industriellen also mit ihren Anträgen offen auf den Plan treten. Wir werden Ihnen dann schon sagen, was der Arbeiterschaft nützlich und wichtig ist."

Teuerungszulagen und Unternehmensgewinn.

In Nürnberg-Zürich muhten jüngst die Arbeiter und Arbeiterräte in den Vinzel- und Blechfertigkeiten wegen Nichtgewährung von geforderten Teuerungszulagen streiken, bzw. sie wurden zum Teil davon abgespielt. In den auswärts befindenden Firmen gehörte auch die Blechfertigkeit vorw. Johann Haber, A.G., in Nürnberg. Nach gehörigen mühsamen Verhandlungen vor der Nürnberger Gewerkschaftsstelle erhielten die Streitenden bald Rücksperrten folgendes bemüht: für männliche Arbeiter über 18 Jahren 75 Pf. unter 18 Jahren 65 Pf. für Arbeiterräte über 18 Jahren 75 Pf. unter 18 Jahren 65 Pf. Stundenlohn. Nach der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung sind freilich 75 Pf. Stundenlohn durchaus hinreichend für einen erwachsenen Arbeiter, auch in der jetzigen Zeit ungehinderter Teuerung; somit hätten die Arbeiter über 18 Jahre "unberichtigte" Forderungen gestellt und die Nürnberger Gewerkschaftsstelle hat in unzähliger Verhandlung noch ihren Ton zu einer solchen "Überreichtheit" erweitert. Die Blechfertigkeit vorw. Johann Haber, A.G., in Nürnberg, hat trotz reichlicher Abstimmungen fast eine Verdopplung des Meingewinns und eine Dividende von 17 Prozent mit Einziehung der 5 Prozent Verlustung für entgangenen "Entnahmeholz" in den beiden Vorjahren, ja verzögert! Wie jungen die Deutsche Arbeitgeberzeitung: Ist dieser Lohn den Altkönig berechtigt und den Arbeiter nicht? Wir bitten um klare unverbindliche Antwort.

Die Unabhängigen und die Gewerkschaften.

Die Beiratssitzung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Belgien erläuterte eine Erklärung, wonach sie nur dann mit dem Gewerkschaftsvertretet zusammenarbeiten, wenn es die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Organisationsgrundsätze akzeptiert.

Parteiangelegenheiten.

Freiheit.

Auch die kleinen sozialdemokratischen Zeitungen können erheblichen Abonnentengewinn verzeichnen. So feilt die Westendzeitung der Volkszeitung mit, daß sich im Juli und August 100 neue Abonnenten gemeldet haben.

Für Frieden und Freiheit.

Auf rheinisch-westfälischen Industriegebiet hand vorige Woche eine Reihe sehr stark besuchter Versammlungen statt, in denen auch das Bürgerrecht sehr zahlreich vertreten war. Abg. Südwesten sprach über das Thema: Die Sozialdemokratie für Frieden und Freiheit. Die glänzend verlaufenen Versammlungen erklärten sich durchweg mit den Ausschreibungen des Referenten einverstanden.

Veranstaltungen.

Sängerversammlung. Der neugegründete "Dresdner Volkschor" veranstaltete am 1. September im Volkshaus eine (gutbesuchte) Sängerversammlung, die vom Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes Karl Pleckmann eröffnet wurde. Der Vorstand des Volkschors, Franz Hoban, hielt einen lehrreichen Vortrag über "Die Entwicklung des Chorgesangs in der Vergangenheit und Gegenwart" und lädtte anschließend folgendes aus:

Die Reigung zur musikalischen und gesanglichen Betätigung sei bei fast allen Völkern des Altertums vorwiegend religiösen Ursprungs. Die besondere Form, welche sich der Chorgesang zu allen Zeiten erfreute, beruht darauf, daß er diejenige Form ist, in der eine Anzahl Menschen einer beherrschenden Empfindung gleichzeitig durchgekreuzt Ausdruck geben kann. Die alten Völker seien fast alle begeisterte Ausdruck des Chorgesangs. Rauhantisch wurde er von den Jüden zur Zeit Davids gespielt. In den ersten Jahrhunderten nach Einführung des Christentums, fanden Gotteshäuser im Chorgesang nicht statt. Erst durch den Einfluß musikalisch begabter Männer entwickelte er sich wieder und bildete den Hauptteil des Chorleidens. Um das Jahr 1000 n. Chr. entstand ein neuer Notenstil mit vier Linien, welches der heutigen Notenschrift bereits ähnelt. Nach seiner Einführung machten sich die ersten Verkünder des westlichen Chorgesangs nicht selten die Wege des Missionarischen Auslands. Einige der ältesten und berühmtesten Chorgesänge sind wahrscheinlich westliche Missionarische Missionen. Der erste und älteste Chor der westlichen Chorgesangs ist die 1791 durch den königlichen Kapellmeister Karl Friedrich Adolf gegründete Berliner Singakademie. Dieser Gründung folgten am Anfang des 19. Jahrhunderts mehrere andere — darunter die 1807 entstandene Dreieich-Singakademie zu Dresden —, die sich alle die Wege der klassischen Musik zur Konzertausgabe machten und durch Her vorragendes geleistet haben. Ein tolles Kapitel in der Geschichte des Chorgesangs bildet die Entstehung der Männergesangvereine, welche ebenfalls im Anfang des 19. Jahrhunderts sich entwideten. Ihre Tätigkeit kommt mir wenig Ausnahmen für die musikalische Kultur nicht in Frage. Die Pflege des Chorgesangs war bis in die höheren Jahrhunderte ein Gehilfe der konservativen Volkschulen. Erst nach dieser Zeit bildete die Arbeiterschaft eigene Vereine, welche sich klassischer Aufgaben stellten. Der Ausbruch des Krieges hat viele Hoffnungsvolle Ausländer vertrieben. Um nun die zerstörten Orte der Gefangennisse in Dresden, die durch schwere Mittel der Arbeiterschaft nicht mehr singfähig sind, während bei Relegat zu verhindern, hat hier der Dresdner

"Volkschor" gebildet. Mit einem kräftigen Appell an die Konserven, den neuen Chor zu unterstützen, um den Konserven vor dem Reichstag zu bewahren, schloß der Vortragende seine Aufführungen. Weiters Rößel lohnte den Redner.

Zu der darauffolgenden Debatte sprachen sich alle Herren im Sinne des Referenten aus und soll dem ausgesprochenen Konserven noch mehrere Vorträge abhalten, Rednung getragen werden.

Brillenkalten.

E. H. Oberbaur. Wenn nichts durch einen Vertrag über die Kündigungserklärung vereinbart ist, dann besteht vierjährliche Kündigung.

A. Sch. Laubegast. Ein Sterbegeld wird nur dann gezahlt, wenn der Baur auf Grund der Mitgliedschaft bei einer Rentenanstalt darauf Anspruch hat.

Aliiger. Eine Ablehnung ist dem der Disziplinarmee unterliegenden Soldaten nicht möglich. Bestrafungen verhinderen frei wählen deshalb möglich.

M. C. 807. Nach der letzten Volkszählung (1910) hatte Dresden 546 882 Einwohner; seitdem hat keine offizielle Zählung mehr stattgefunden. Die nach dem An- und Abzählnungen fürsgezeichneten Einwohnerzahl bestätigte sich am 1. August 1917 auf 576 571 Einwohner.

C. G. Großhans. Das Kriegsministerium befindet sich Dresden-Reudnitz, Niedergraben 5.

Ein Heimatkundauer. Wenn Sie keinen Anspruch auf besondere Zugaben haben, entspricht die Ihnen zugewiesene Ration den Bestimmungen.

Dresdner Kameraden. Die Abgrenzung der jetzt zur Provinz Sachsen gehörigen früheren sächsischen Landesteile erfolgte im Jahre 1915 auf dem Wiener Kongreß, gleichzeitig wurde der Niedersächsische Kreis wegen gegen Hannover geführt. 1916 führte Preußen Krieg gegen Sachsen und Hannover und Antwort zu leben, und das Niedersächsische abgetrennt.

Der Krieg von 1864 wurde der Schleswig-Holsteinischen Krise wegen gegen Dänemark geführt. 1916 führte Preußen Krieg gegen Sachsen und Hannover und Antwort zu leben, und das Niedersächsische abgetrennt.

C. G. Großhans. Ein Heimatkundauer. Wenn Sie keinen Anspruch auf besondere Zugaben haben, entspricht die Ihnen zugewiesene Ration den Bestimmungen.

H. H. Göringstraße. Das Verfahren dieser Volksliste ist ungültig; teilen Sie Ihre Wahrnehmungen dem Volksküchenausschüttung im neuen Rathaus mit.

E. V. A. Das Geschäft befindet sich in München, Donnersstraße 10. Das Schleifen von Rassierlingen besorgt doch jedes Schleifergeschäft.

O. G. Göppig. Diese Sammelstelle befindet sich in Dresden, an der Kreuzkirche im Henneberg'schen Hause in einem Laden.

E. B. Jinzenzendorfstraße. Unter den obwaltenden Umständen wäre es besser gewesen, wenn Ihre Tochter den einjährige Hanelschlüssel dieser Schule besucht hätte. Wenn Sie den wenig ausführlichen Bericht machen wollen, eine Billige aus Stiftungsmitteln zu erlangen, dann müssen Sie sich an das städtische Stiftsammt, Rondausstraße (Stadtbaum) wenden.

A. L. Blanken. Für Ihre Einsendung Danke. Sie ist jedoch für die Zeitung nicht verwendbar.

E. R. Wir haben die Sache bereits mehrfach anhänglich der Beprüfung des Kohlemangels behandelt und auch an den zuständigen Stellen im Sinne Ihrer Anregung gewirkt. Bei bestem Gelegenheit werden wir wieder darauf zurückkommen.

Adressen der Kinderschutzkommission.

Central-Vorstand:

Franz Hege, Bureau: Altenbergsche Straße 20, 2. Stock.

Bezirksvertreter:

4. Kreis:

Franz Ritter, Mortagstraße 42, 2.

5. Kreis:

Franz Bobl, Mühlstraße 61, 4.

6. Kreis:

Franz Kunt, Lößnitz, Kronprinzenstraße 42, 2.

Mitglieder:

<h5

